

Blut und Knochen: der Kohlenpreis in China

Chinas unersättliche Nachfrage nach Kohlen hat nicht nur die großen Kohlengruben gezwungen, über die erlaubten Niveaus hinaus zu produzieren, sondern auch die Verbreitung kleiner illegaler Gruben gefördert. Schon im Jahr 2002, als die Anzahl an Unglücksfällen und Verunglückten in den Gruben einen neuen Höhenpunkt erreicht hatte, kündigte Hu Jintao an, dass die Priorität seiner Regierung die Verbesserung der Sicherheit in den Minen sein werde; trotzdem bleibt die Todesrate bei Grubenunfällen in China die höchste der Welt.

In diesem Report analysiert „China Labour Bulletin“ (CLB) die Kernprobleme des chinesischen Kohlenbergbaus und die Ursachen der Unwirksamkeit der politischen Entscheidungen in diesem Bereich. Im ersten Teil wird das Entscheidungs-dilemma der Regierung zwischen dem Ziel der Produktionssteigerung und dem der Verstärkung der Sicherheit vorgestellt. Das System der Entschädigungen nach den Unglücksfällen wird im zweiten Teil betrachtet. Aufgrund von zwischen 2002 und 2005 von Han Dongfang mit Grubenarbeitern und deren Familien geführten Interviews wird dieser Teil den Menschen zeigen, der tagtäglich in der Dunkelheit arbeitet und zu oft von den Medien ignoriert wird. Damit die Arbeitslage in den Gruben sich wirklich verbessern kann, betont CLB die Notwendigkeit, dem Bergarbeiter eine Stimme zu geben.

Die Sicherheit in den Kohlengruben Chinas

Da die Grubenunfälle zwischen 2000 und 2002 sich verdoppelt haben, beschloß die chinesische Regierung zahlreiche Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit in den Gruben. Obwohl 2005 die gesamte Anzahl an Unglücksfällen zurückgegangen war, sind dennoch die schweren Unfälle mit mehreren Toten im selben Jahr so zahlreich gewesen wie nie zuvor. Anfang 2007 gab Peking öffentlich zu, dass die geführten Maßnahmen unwirksam und viele Lokalregierungen korrupt waren. Die Tatsache, dass eine genaue Anzahl an Unfällen nicht verfügbar ist, hängt mit der Neigung vieler Autoritäten zusammen, diese zu verschweigen.

Die Ursachen der **fehlenden Verbesserung der Sicherheitszustände in den Kohlengruben und infolgedessen der gescheiterten Implementierung der Sicherheitspolitik** liegen zuerst im Wettlauf der chinesischen Industrie nach einer erhöhten Kohlenherstellung. Der Überproduktion ist jedoch keine gleichmäßige Umstellung der Belüftungssysteme gefolgt, was die Risiken erhöht, dass mögliche explosive Abgase entstehen. Wie die folgenden Ziffern offen legen, sind vor allem die oft illegalen kleinen Kohlengruben diejenigen, die nicht dazu bereit sind, in

Sicherheitssysteme und Ausrüstungen zu investieren. 2004 lieferten die 23.388 chinesischen Baugruben kleiner Dimensionen (90% der Gesamtheit) nur 1/3 der im Land erzeugten Kohlen; gleichzeitig waren sie dennoch für die 2/3 der getöteten Grubenarbeiter verantwortlich. Die Regierung hat vielen solcher Gruben die Schließung angeordnet; jedoch hat diese Maßnahme einen verstärkten Druck auf die staatlichen Gruben ausgeübt, so dass diese ihr Produktionsniveau gesteigert und die Sicherheitsstandards und die Verschlechterung der Arbeitslage weiter ignoriert haben. Das Dilemma der Zentralregierung liegt nämlich darin, dass sie sich entscheiden muss, ob sie die **Zufriedenstellung der Kohlennachfrage unterstützen oder die Sicherheitsmaßnahmen implementieren** will.

Die 2006 in Kraft getretenen neuen Gesetze über die **Umstrukturierung des Bergbaus** sehen mehrere Genehmigungen für die Eröffnung neuer Bergbauorte und strengere Kontrollen für diese vor. Zudem wird den Bergbauleitern befohlen, den Arbeitern Ausbildungskurse zur Sicherheit anzubieten oder ihre Gruben sofort zu schließen, falls sie die benötigten Sicherheitsstandards nicht erreichen. Diese Regeln wurden jedoch von zahlreichen lokalen Regierungen und Unternehmern nicht beachtet, so dass die Produktion der Kohlengruben sehr hoch geblieben ist.

Da die Kohle die Kernindustrie und die einzige Annahmequelle von armen Kommunen von Provinzen wie u.a. Shanxi, Sichuan, Heilongjiang, Shangdong und Hunan darstellt, haben die dortigen Regierungen zwei Strategien ausgearbeitet, damit ihre eigenen finanziellen Interessen von den Entscheidungen der Zentralregierung nicht beschädigt werden. Zunächst meiden sie die von der Partei befohlenen Verpflichtungen dadurch, dass sie die Produktion von den als gefährlich erwiesenen Gruben in schon angelegten alten Gruben verlagern. Zweitens **schließen die lokale Behörden Geheimabkommen mit den Unternehmern** von Bergwerken kleiner und mittlerer Dimensionen ab. Dadurch wird die erhöhte Produktion aufrechterhalten und die Grubeninspektionen in dem Maße manipuliert, dass die Informationen über die Gruben verfälscht werden und diese nicht mehr zum Schließen verpflichtet sind. Die Tragweite solcher Abmachungen, die sich in gesetzeswidrigem Mitbesitz von Baugruben, dem Schutz gegen Bestechungsgeld und der Verschleierung der Details über die Unfälle ausdrücken, ist offensichtlich, wenn man betrachtet, dass die Korruption und der Mangel an Bedenken der Grubenleiter den Grund der größten Mehrheit der Verunglückungen in den Gruben darstellen. Ein wichtiger Anlass zur Entstehung solcher Allianzen ist ein Vertragssystem, durch das die Zentralregierung seit dem Ende der neunziger Jahre die Entwicklung von privatem Bergbau förderte. In der Tat ist es heutzutage schwer, den gesetzlich Verantwortlichen der Gruben nachzugehen, weil sie oft illegale Verträge mit den geldgierigen lokalen Behörden geschlossen haben. Die neuen strengeren Regulierungen der benötigten

Voraussetzungen zur Eröffnung der Bergwerke sind ein weiterer Anlass zur Kooperation zwischen Behörden und Bergbauunternehmen; ein Beweis dafür ist, dass viele Unfälle in Gruben stattgefunden haben, die anscheinend alle nötigen Erlaubnisse besaßen. Die lokalen Behörden sind verantwortlich für die Durchführung der Sicherheitsnormen; da sie in erster Linie in der illegalen Verwaltung der Gruben verwickelt sind, ist es nicht überraschend, dass die Anstrengungen der Regierung sich bislang als ergebnislos erwiesen haben.

Das Ausmaß und die Komplexität solcher Geheimabkommen, in denen „eine Hand die andere wäscht“ sind dermaßen groß geworden, dass jegliche Strafenmaßnahmen gegen sie nicht ausreichen, um sie aufzulösen. Die Regierung und die Kohlengrubeunternehmer sollten in ihren Plänen für die Umstrukturierung des Bergbaus und bei der Durchführung der Sicherheitsgesetze die **Leben der Bergarbeiter** wertschätzen. In der Tat ist eine wirkliche Verbesserung der Arbeitslage in den Kohlengruben nur dann möglich, wenn dem Grubenarbeiter seine Rolle als Hauptakteur bei der Grubenverwaltung anerkannt und er nicht mehr als bloßes Werkzeug und statistische Zahl betrachtet wird.

Das Management nach Unglücksfällen im Bergbau

In China ist es sehr schwer, mit Gewissheit festzustellen, ob den Familien von Verunglückten eine Entschädigung gegeben worden ist. Die von der KPC unmittelbar kontrollierten offiziellen Medienberichte übergehen die Details über die Ursachen und die Anzahl der Toten bei Verunglückungen und lenken im Gegenteil die Aufmerksamkeit auf die staatlichen Rettungsmaßnahmen nach den Unglücksfällen. Die von Han Dongfang durchgeführten Interviews bieten demnach ein realitätsnäheres Bild über die Rolle der Regierung bei dem Regierungsmanagement der Situation nach den Unglücken als das der Medien.

Heutzutage fixiert das Ende 2004 abgeänderte chinesische **Entschädigungssystem** für die Familien von Verunglückten im Bergbau den Mindestsatz der Entschädigung auf 200.000 Yuan; es ist dann die Festlegung der Entschädigungsbeträge gemäß der Finanzenlage der Familie nicht mehr vorgesehen. Die Wirklichkeit zeigt jedoch, dass diese pauschale Summe in der Regel nicht den Mindessatz sondern den Höchstsatz der vergebenen Entschädigungen darstellt. Zudem bleiben nicht nur die finanzielle und soziale Lage sowie die psychologischen Wunde der Familien unbeachtet, sondern diesem System zufolge kann keine zusätzliche nachfolgende Nachfrage seitens der Familie eines Verunglückten akzeptiert werden. Der Tod eines Bergarbeiters bedeutet dann für viele das Ende aller wirtschaftlichen Hoffnungen für die Zukunft einer ganzen Familie; in ländlichen Gebieten ist der Bergarbeiter das einzige Familienmitglied, das das Tagesbrot verdient. Die Jugendlichen müssen die Schule

abbrechen, die Alten auf die medizinische Fürsorge verzichten und die jungen Witwen wieder heiraten. Außerdem zieht dieses Gesetz die Bedürfnisse der Individuen nicht in Betracht, sondern bevorteilt die Berggrubenbesitzer, die die Entschädigungssumme einmal bezahlen müssen und danach ungestört ihre Geschäfte fortführen können. Schließlich ist es nicht zu vergessen, dass die Vergabe der Entschädigung größtenteils von dem Willen und der Finankraft der lokalen Regierungen und Unternehmer abhängt.

Die nach 2003 von der Zentralregierung durchgeführte **Managementpolitik nach Unglücksfällen im Bergbau** hat die Rechte der Familien von Verunglückten leider dadurch weiter gefährdet, dass ihnen kein Verhandlungsrecht zuerkannt wird. Im Gegenteil werden sie unter der Bedrohung von Reduzierung der Entschädigungssumme gezwungen, die Trauerfeier einen Tag nach dem Unglücksfall zu vollziehen, ideologische Kurse über die gnädige Parteiregierung zu besuchen und in einen anderen Ort umzuziehen, damit sie von Journalisten und anderen Opferfamilien ferngehalten bleiben. Schließlich überwachen die Lokalregierungen sorgfältig die Verbreitung der Nachrichten über die Unglücksfälle; die öffentliche Meinung soll von der Sichtweise der Opfer unberührt werden. Obwohl die Verhandlungen nach Unglücken die beste Gelegenheit für die Opferfamilien sein sollte, ihre Rechte auf Einspruch und Untersuchungen zu realisieren, scheint es, dass die Institutionen versuchen, die Entschädigungsverträge so bald wie möglich abzuschließen. In dieser Weise versichert sich der Staat mit geringen Verlusten, dass die als „Bedrohung zur gesellschaftlichen Stabilität“ angesehenen Familien zum Schweigen gebracht werden. Die Aufwertung der Entschädigungssumme im Vergleich zu den vorigen Gesetzen spiegelt sich sodann nicht auf einem entsprechenden erhöhten Wert der Opfer wider, sondern entspricht einzig den Interessen der lokalen Behörden und der Grubenleiter, ihre Finanzen und ihren Ruf nicht zu gefährden.

Einerseits zeigen die zügigen und schlagkräftigen Hilfseinsätze nach den Unglücken die positive Neigung der Regierung, so viele Arbeiter wie möglich aus den Gruben zu retten. Andererseits versäumt die Regierung ihre Pflicht zu erfüllen, die Rechte der Bürger zu schützen. Die Regierung erscheint immer noch als demagogisch und unmenschlich dadurch, dass sie den Angehörigen der Verunglückten kein Recht verleiht, gerichtlich vorzugehen, um gegen unfaire Entschädigungen Berufung einzulegen.

Schlussfolgerungen und Empfehlungen

Aufgrund des Vertragssystems für den Verkauf von Kohlengruben an private Unternehmern, des dichten Netzwerkes zwischen Grubenleitern und lokalen Behörden und des Mangels an Arbeitervertretungen bei der Verwaltung der Sicherheit

in den Gruben bleibt die Anzahl an Unglücksfällen in Berggruben sehr hoch. **Die Anstrengungen der Zentralregierung zur Verbesserung der Sicherheitslage in den Minen haben sich als unpassend erwiesen**, zumal dass sie die Rechte der Grubenarbeiter und deren Familien weiterhin geschädigt bleiben. Infolgedessen ist es notwendig, dass die Bergarbeiter an der Verwaltung und der Aufsicht der Arbeitssicherheit teilhaben, so dass die Regierung ihre wesentliche Rolle wahrnimmt und damit aufhört, sie als „Bedrohung der sozialen und politischen Stabilität“ geringzuschätzen. Deswegen fordert CLB:

- Die Errichtung von größtenteils aus Bergarbeitern bestehenden Komitees für die Aufsicht der Sicherheitslage in den Berggruben;
- Die Reform des Vertragssystems für den Verkauf von Kohlengruben an privaten Unternehmern, so dass die illegal erworbenen Umsätze zulasten der Sicherheit reduziert werden;
- Die Steigerung der Löhne und der Sozialversicherungen der Bergarbeiter und die Implementierung des Systems von Schadensersatz für Sachbeschädigung während der Arbeit;
- Die Verbesserung der Gesetze zur Entschädigung der Angehörigen von Verunglückten bei Berggruben, die Rechtswege für die Vorlage von Berufungen vorsehen sollen.

Erst wenn China den Arbeitern das Recht auf Vereinigung und nicht nur die Pflicht, sich für die Wirtschaftsentwicklung des Landes zu opfern, anerkennt, könnte sie als ein Mitglied der „International Labour Organization“ (ILO) mit vollem Recht betrachtet werden.